

Hochschulverträge:



Fehlende Grundfinanzierung und Systemwechsel zu einem Preismodell gefährden die Funktionsfähigkeit der Hochschulen

Berlin muss steigende Kosten übernehmen – sonst drohen erneut drastische Struktureinschnitte

27. April 2009

Das Land Berlin verhandelt mit den Hochschulen über die Fortsetzung der Hochschulverträge für den Zeitraum 2010 bis 2013. Bei aller Kritik im Detail haben diese Verträge seit 1997 den Hochschulen mittelfristige Klarheit über ihre finanziellen Zuschüsse gegeben. Das Land Berlin hat das Instrument Hochschulverträge aber auch dazu benutzt, gegenüber den Hochschulen (insbesondere den Universitäten) erhebliche finanzielle Kürzungen durchzusetzen. Allein von 2006 bis 2009 mussten die drei großen Universitäten 75 Mio. Euro dauerhaft „einsparen“. Damit verbunden war ein weiterer Abbau von Personal und eine Zunahme der Arbeitsbelastung der Beschäftigten. Gleichzeitig sind die Studierendenzahlen unverändert hoch, wachsen die Anforderungen z. B. durch die Umstellung auf die neue Studienstruktur mit BA und MA.

Die laufenden Vertragsverhandlungen sind seit Mitte März ausgesetzt. Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe:

1. Berlin ist bisher nicht bereit, die realen und steigenden Kosten auszugleichen:

Das betrifft die 2010 erfolgende Rückkehr zur vollen Arbeitszeit und Bezahlung, Tarifsteigerungen sowie Kosten für Energie, Versorgungslasten usw. Das sind nach eigenen Angaben für alle Hochschulen ca. 183 Mio. € jährlich, um die bisherige Struktur zu halten. Wissenschaftssenator Zöllner hatte die Zustimmung der Hochschulen zur „Einstein-Stiftung“ mit der Zusicherung „erkauft“, sich für die Übernahme dieser Kosten einzusetzen. Er hatte gar sein politisches Schicksal damit verknüpft. Davon ist nun keine Rede mehr. Höchstens 1,3 % „Zuwachs“ – so die Position des Finanzsenators. Das aber sind nur ca. 12 Mio. €.

2. Senator Zöllner will Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung:

Senator Zöllner will einen radikalen Systemwechsel bei der Finanzierung der Hochschulen durchsetzen – weg von den bisherigen Globalzuschüssen (orientiert an den Strukturplänen der Hochschulen) hin zu einem Preismodell bzw. zu einer produkt- oder nachfrageorientierten Finanzierung. In dem neuen Modell soll die Finanzierung etwa so aussehen:

- nur noch 33 % Grundfinanzierung
- 31 % für die Lehre nach dem Modell „Geld folgt den Studierenden“ – wer mehr Studierende aufnimmt und erfolgreich zum Examen führt, bekommt mehr Geld.
- 31 % für die Forschung – ebenfalls nach bestimmten Indikatoren
- 5 % für Gleichstellung und Weiterbildung
- evtl. „Sondertatbestände“, falls die Finanzierung in der Summe unter der von 2009 liegt.

Dieser Systemwechsel birgt hohe Risiken:

- a) Planungssicherheit besteht nur noch für die 33 % Grundfinanzierung.
- b) In der Lehre werden die Hochschulen noch stärker abhängig vom Verhalten der Studienbewerber/innen und damit von konjunkturellen Schwankungen. Die Folge: Stark nachgefragte Studiengänge und Fächer werden ausgebaut – andere erhalten weniger Geld und werden u.U. ausgetrocknet.
- c) Personalplanung und Personalentwicklung werden nahezu unmöglich. Welche Hochschule bindet sich noch längerfristig an Personal, wenn die Finanzierung ständigen Schwankungen unterliegen kann? Damit drohen eine weitere Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse, von Teilzeitverträgen sowie von ungeschützten und schlecht bezahlten Lehraufträgen. Der Mittelbau der Hochschulen wird noch prekärer oder droht ganz wegzubrechen.

Von „Millionensegen“ für die Berliner Hochschulen keine Spur!

Erschwerend kommt hinzu, dass Senator Zöllner in den letzten Tagen öffentlichkeitswirksam in Jubelgesänge ausgebrochen ist über die möglichen Gelder, die Berlin aus dem bundesweiten Hochschulpakt II erhalten könnte. Bis zu 350 Mio. € mehr bis 2015! Die Wirkung dieser Jubelgesänge ist verheerend. Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, die Hochschulen schwämmen im Geld.

Verschwiegen wird dabei, dass die Mittel dieser befristeten Sonderprogramme (vor allem diejenigen für den Aufbau zusätzlicher Studienplätze) nur nutzbar sind, wenn die Grundausrüstung der Hochschulen gesichert ist! Das aber ist bisher nicht der Fall! Ohne eine angemessene Grundfinanzierung drohen erneut Struktureinschnitte mit Personal- und Studienplatzabbau! Der „Millionensegen“ verpufft.

Die GEW BERLIN fordert:

- Schluss mit der Geheimdiplomatie: Mehr Transparenz und Öffentlichkeit über die Hochschulvertrags – Verhandlungen!
- Berlin muss den unabweisbaren Bedarf der Hochschulen ausfinanzieren, um wenigstens den Umfang der jetzigen Struktur zu erhalten.
- Steigende Kosten für Tarife, Versorgungslasten, Energie, Mieten usw. müssen in den Hochschulverträgen berücksichtigt werden!
- Das bisherige System der Finanzierung mit konsumtiven und investiven Zuschüssen muss beibehalten werden. Ein „Preismodell“ untergräbt die Planungssicherheit der Hochschulen und führt zu einer weiteren Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse.